

Hans-Jürgen Stöhr
Rostocker Philosophische Praxis
Parkstr. 10 · 18057 Rostock
Tel.: 0381 - 4444103

Im Erfolg gescheitert? Eine philosophisch-psychologische Nachbetrachtung der Koalitionsverhandlungen

Was wir seit den Bundestagswahlen im Hinblick auf das Bemühen um die Bildung einer Regierung erleben, ist zweifellos in der bundesdeutschen Politikgeschichte einmalig. Die Entwicklung der Geschehnisse, eine Regierungskoalition auf den Weg zu bringen, macht es interessant, einen eher anderen Blick darauf zu werfen, als wir es in unserem politischen Denkalldag gewohnt sind.

Der außen- wie innenpolitische Druck, eine Regierung zu bilden, wurde immer größer. Alle sehen mit einem mehr oder weniger gehobenen und mahnenden Zeigefinger auf Deutschland, dass es endlich Verantwortung übernehme. Bürgerinnen und Bürger – zumindest die Mehrheit – sind es dieses Zustandes Leid und wollen endlich wieder regiert werden – so wie wir es von der deutschen Ordnung und Mentalität gewohnt sind. Gelassenheit, wie ich meine, gehört nicht gerade zu den Tugenden unseres Landes. Doch sehen wir uns diese Situation einmal außerhalb bisheriger Denkgewohnheit an.

All das, was nach den Bundestagswahlen passiert ist, hat auch eine Vorgeschichte. In der Betrachtung, das Geschehen in das bestehende politische System einzuordnen, müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass die AfD die bisherige Parteienlandschaft von außen durcheinander gebracht hat. Wen wundert's, wenn in der Systemtheorie der Grundsatz gilt: Äußere, am Rande agierende Ereignisse, bringen ein System in Bewegung oder bringen gar dessen Existenz ins Wanken, wenn der Kern des Systems instabil ist. Genau das ist – systemtheoretisch betrachtet – auch beim Zusammenbruch der DDR passiert, die schon vor 1989 von ökonomischer und politischer Instabilität geprägt war und letztlich ein dynamisch wirkender Anstoß – im Sommer 1989 die Öffnung der Grenzen Ungarns zu Österreich – als äußeres Ereignis das DDR-System implodieren ließ.

Die Worte des AfD-Vorsitzenden Gauland am Abend des 24. Septembers haben wir alle noch in unserem Gedächtnis, als er vor laufender Kamera verkündete, Frau Merkel vor sich hertreiben zu wollen. Das ist der AfD insofern gelungen, durch die veränderte Parteienlandschaft die Regierungsbildung vor einer bisher nie dagewesenen Herausforderung zu stellen.

Nun kann man gleichermaßen darüber streiten, ob die Erklärung des SPD-Parteivorsitzenden, Martin Schulz, richtig oder falsch war, am Wahlabend der Bundestages zu erklären, in die Opposition gehen zu wollen. Meines Erachtens war das eine richtige Entscheidung. Verluste unter den Wählerstimmen, sich auf den Weg der Erneuerung machen zu wollen und der AfD den Rang der Oppositionsführung abzulaufen, waren gute Gründe, das zu tun. Dass sich die SPD doch auf Koalitionsverhandlungen mit der CDU/CSU eingelassen hat, geht letztlich auf Drängen des Bundespräsidenten, Frank-Walter Steinmeier, zurück. Die gescheiterten Jamaika-Sondierungsgespräche und die Absage der SPD, in Regierungsverantwortung zu gehen, brachten Deutschland in eine ganz neue Politikwelt und mit ihr exponiert die SPD-Führung.

Sich von außen drängen zu lassen, äußere Geschehnisse zum Grund für Verhaltensveränderung zu nehmen, ist eine Entscheidungssituation, die im hohen Maß den Keim des Scheiterns trägt. Wenn die gegenwärtigen Koalitionsverhandlungen zum erfolgreichen Abschluss geführt werden und die SPD-Mitglieder diesem Vertragsentwurf zustimmen, heißt das lange noch nicht, dass die SPD aus dieser „Nummer“ heraus ist. Das Scheitern, so meine Prognose, ist nur hinausgeschoben, vor allem dann, wenn die SPD es nicht hinbekommt, während des Mitregierens ihre Erneuerung auf den Weg zu bringen. Und wenn Martin Schulz sein Statement widerruft, nicht Teil der Regierung unter Angela Merkel zu sein, hat die SPD noch ein zusätzliches innerparteiliches Werteproblem: den Wert der Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit in Aussagen eines Politikers.

Die systemtheoretische Betrachtung hinter mich lassend, wende ich mich dem Ethisch-Moralischen zu und frage: Was sind gemachte Aussagen von Politikern wert? Dürfen Politiker und mit ihnen ihre Parteien so einfach ihre Meinung ändern? Wir haben uns daran gewöhnt, dass Wahlkampfversprechen sich mit der Regierungsbildung halbwegs auflösen. Dies wird nicht selten von den Wählern als Verrat an die Wähler gesehen. Wir sollten wissen, dass Regierungskoalition dies an sich haben, Wahlversprechen aufzuweichen, weil derartige Regierungsbündnisse von Kompromissen leben.

Neu ist, dass die SPD mit ihrem Vorsitzenden eine Koalition ausschlug und nun am Verhandlungstisch mit der CDU/CSU sitzt. Ist das Verrat in einem noch viel größerem Ausmaß? Zeugt das von einem parteiinternen Werte-Beben? Darauf eine klare Ant-

wort zu finden, ist insofern schwierig, weil eine Meinungsbildung sowohl von den äußeren Gegebenheiten als auch von der inneren Verfassung und Haltung des Meinungsbildners abhängt.

Wir neigen oft dazu, eine gefasste Meinung als festgeschrieben, unveränderlich anzusehen und sind kritisch oder gar entsetzt, wenn Politiker ihre Meinung ändern. Machen wir das nicht auch selbst, wenn sich eine Situation verändert hat oder wenn sich neue argumentative Gedankengänge erschlossen haben? Insofern ist eine Meinungsveränderung, sie mit Kritik zu honorieren, schwierig aber fair zu beurteilen. Die Grenzziehung zwischen Zulässigkeit und Unzulässigkeit einer politischen Meinungsveränderung ist nicht immer leicht auszumachen, vor allem dann nicht, wenn die Meinung von außen her und nicht aus der Position des Entscheiders getroffen wird. Solange es sich auf dem Weg zum Ziel um pragmatische Handlungsschritte handelt, ist ein Entscheidungswandel durchaus für Außenstehende nachvollziehbar und annehmbar. Wenn es sich jedoch um einen Gesinnungswandel handelt, der von innen heraus nicht begründbar ist, wird es problematisch. Deshalb kann ich jene SPD-Genossen verstehen, die mit ihrem Parteivorsitzenden Gram sind, wenn er doch einen Ministerposten annimmt, was als Verrat an die Partei gesehen wird. Hier befinden wir uns an einen kritischen Punkt, der die Ethik menschlichen Verhaltens im Allgemeinen und die Parteien-Ethik im Besonderen berührt.

Die Betrachtung wie so vieles in unserem Leben hat immer zwei Seiten. Das hat nichts mit der Tatsache oder dem Ereignis selbst zu tun, weil alles an dem stets so ist, wie es ist. Doch der menschliche Blick darauf, lässt aufgrund der Fähigkeit menschlichen Denkens unterschiedliche Perspektiven in der Bewertung und Interpretation einer Sache zu. Das mag auch für die Entscheidung des SPD-Vorsitzenden zutreffen: Egal wie die Entscheidung ausfällt, sie kann sowohl in einem positiven als auch negativen Kontext betrachtet werden. Hinterher, wenn die Ereignisse aufgrund der Entscheidung ihren Lauf genommen haben, sind wir immer klüger. Wir haben es hier mit einem Divergenzpunkt in der Entscheidungsbildung zu tun. Es ist ein alternativer Knotenpunkt, dessen Auflösung, in die eine oder in die andere Richtung zu gehen, letztlich über das Scheitern oder den Erfolg des weiteren Geschehens *entscheidend* mitbestimmt.

So einen Divergenzpunkt gab es auch bei den Jamaika-Sondierungsgesprächen, als es mit der Erklärung des FDP-Vorsitzenden, Christian Lindner, zum Ende aller

Sondierungsbemühungen gekommen ist. Für mich ist diese Tatsache ein äußerst interessantes und vielschichtig zu betrachtenden Polit-Phänomen. Welche Häme hat Lindner von der öffentlichen Meinung geerntet, als er vor der Presse mitteilte, dass es besser sei, nicht als schlecht zu regieren. In meinen Augen hat Lindner die „Notbremse“ gezogen, weil er das Scheitern einer möglichen neuen Regierung im Quartett – und mit ihr seine Partei – voraussah. Dafür wurde er mit Kritik überschüttet und in Folge in der Wählergunst abgestraft. Warum eigentlich? Weil er und seine Partei dem internen Gewissen folgten und nicht das taten, was klassische deutsche Politik von ihnen erwartete? Hochachtung vor der Haltung dieser Partei. Dieses Verhalten zeugt von Stärke und nicht von Schwäche. Man begab sich auf den Weg des *gelingenden* Scheiterns, bevor sich ein *schlechter* Erfolg einstellen konnte. Lindner und seine Partei haben das kluge Scheitern dem schlechten Erfolg vorgezogen. Respekt.

Natürlich bleibt diese FDP-Entscheidung ambivalent. Ich sehe in allem, *wie* sich die Partei entschied, einen gesunden parteipolitischen Egoismus in Gestalt einer politischen Fürsorge. Oder war es, wie in Augen so mancher Kritiker, Feigheit oder die Angst vor der eigenen Courage?

Stattdessen wurden die Grünen hofiert. Sie hatten Lust, wieder in Regierungsverantwortung zu übernehmen. Zugleich ist aber auch hier anzumerken, wie sehr das Drängen in Regierungsverantwortung die Gefahr in sich trug, sich zu „verkaufen“. Wir sehen also, in allem scheint sich die Janusköpfigkeit zu zeigen, wenn wir beginnen die „Welt“ zu betrachten. Keiner kann für sich *die* Wahrheit in Anspruch nehmen.

Noch eins ist in diesem Punkt interessant, was meines Erachtens viel zu wenig in der Öffentlichkeit wahrgenommen wird: die Psychologie des Denkens und Verhaltens der Entscheidungsträger. Dem Christian Lindner, der jüngste unter allen führenden Mitspielern, dynamisch, nach vorne schauend, Deutschland und gar Europa verändern wollend, schlägt derart viel Konservatismus, Langatmigkeit, ein Ziehen und Zerren entgegen, dass er für sich und die Partei die Reißleine zog. Hätten das nicht die anderen politischen Protagonisten erahnen können, dass nach so langer Zeit der Sondierung, die Stimmung bei einer so aufgestellten Partei wie die FDP kippen könnte? Hier stoßen wir wieder auf einem wichtigen Divergenzpunkt, der über Scheitern und Erfolg entschied. Das Ergebnis kennen wir.

Um sich bei vier so politischen unterschiedlichen Parteien einigend zuzubewegen, noch dazu bei Inhalten der Sondierung mit einer derartig hohen Komplexität, bleibt es nicht aus, dass Verhandlungen rekursive Schleifen durchlaufen müssen. Gemeint ist,

dass vermeintlich schon Vereinbartes zu dem einen Sachverhalt zu einem späteren Zeitpunkt wieder in Frage gestellt wird und neu zu verhandeln ist, wenn es bei einem weiteren Thema keinen Fortschritt gibt. So ist nicht ausgeschlossen, wie es am Ende der Jamaika-Sondierung passiert sein könnte, dass Vieles an Fixiertem wieder in Frage gestellt wurde und neuerlich verhandelt werden sollte, damit das Gesamtpaket für alle stimmig wird. Doch für die FDP sah das bisherige Ergebnisbild offenbar anders aus. Deren Eindruck war, letztlich nach über vier Wochen genervt, wieder am Anfang der Verhandlungen zu stehen.

Das ist meines Erachtens aus psychologischer Sicht zu verstehen, dass von der FDP das „Handtuch“ hingeworfen wurde. Die anderen Parteien haben vielleicht diese Gefahr nicht hinreichend erkannt und sich stattdessen auf die politische Sache konzentriert. Fehlte den Parteien die gebotene Aufmerksamkeit für das psychologisch intendierte menschliche Beziehungsgefüge?

Für Lindner und seine Partei habe ich in diesem Kontext kritisch anzumerken, dass das rekursive Arbeiten, das Gehen von Schleifen, sich ggf. einem Thema erneut zuzuwenden, das als abgeschlossen geglaubt und wieder auf die Tagesordnung gesetzt wurde, zum Grundprinzip der Bewältigung komplexer Gegenstände gehört. Insofern steckte das Sondierungsquartett in einem psychologischen, ethisch-moralischen und systemtheoretischen Dilemma, was zur Meinung führte: „Jamaika“ konnte nicht gut gehen. Doch hinterher ist man immer klüger.

Warum haben wir Deutsche so viel Angst vor einer Minderheitsregierung der CDU/CSU? Dass diese Parteien sie nicht wollen, ist nachvollziehbar bei so viel in ihnen tragender Konservativität. Die auf Verlässlichkeit, Kontinuität, Stabilität und Sicherheit bauende deutsche Alltagsmentalität und Lebenskultur ist *das* politische und psychologische Hinterland der Konservativen. Dabei stünde uns mit einer neuen Regierung endlich wieder mehr parlamentarische Demokratie gut zu Gesicht. Vielleicht sollten wir bei einer werdenden Groko-Regierung dankbar sein, dass die AfD im Bundestag sitzt, an der sich die Parlamentarier und Parteien reiben können.

www.gescheit-es.de

Aktuelles Buch: Scheitern im Grenzgang, erschienen 14.12.2017 im Romeon Verlag

Rostock, am 6. Febr. 2018